

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/II/83

Hannover, 14. Oktober 1947
Telefon: 20951/52

Weltprobleme vor dem Weltparlament

Von S. Aufhäuser, New York

Die Friedensgespräche, wie sie seit zwei Jahren auf Konferenzen der Großmächte und solchen aller Siegerstaaten geführt worden waren, hatten wachsende Spannungen zwischen zwei Kulturen von Ost und West erzeugt und sich schließlich in einer ebenso komplizierten wie historisch bedeutsamen Tagesordnung der Zweiten Generalversammlung der Vereinten Nationen zusammengeballt. Die Friedensfrage zur Liquidierung des zurückliegenden Zweiten Weltkrieges war ursprünglich nicht die Aufgabe der Vereinten Nationen. Der neue Völkerbund sollte vielmehr der Sicherheit der Welt in der Zukunft dienen, aber die kollektive Verteidigung gegen Angriffe auf die Souveränität einzelner Nationen war wieder aktuell geworden, bevor die Auseinandersetzung über die Kriegsziele des letzten Völkerringens ihren Abschluß gefunden hatte. Da die Friedenskrise zur Krise der Vereinten Nationen geworden war, so können Weltfrieden und Reaktivierung des neuen Völkerbundes nicht länger getrennt behandelt werden. Die 50 Punkte der Tagesordnung von New York wurden deshalb mit einer Generaldebatte über die strukturelle Veränderung der Völkerbundsorganisation eingeleitet.

Nach der Charta von San Franzisko war das Schwergewicht der Sicherheitsprobleme in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verlagert worden, dem nur die fünf Großmächte als ständige Mitglieder angehören. Da die Großmächte in Fällen von bewaffneten Konflikten erhöhte militärische Verpflichtungen zu erfüllen haben, so waren die Beschlüsse jeweils an Einstimmigkeit gebunden. Die sinnvolle Bestimmung bei der Behandlung der lebenswichtigsten Fragen von Frieden und Sicherheit wurde dann durch die russische Vetopraxis weitestgehend entwertet. Die Passivität, zu der die Vereinten Nationen infolge des Mißbrauches des Vetorechtes in Sicherheitsrat durch eine Großmacht inmitten eines großen Weltgeschehens verurteilt worden war, konnte nur durch die Generalversammlung der 55 Nationen durchbrochen werden. Die Herbsttagung 1947 mußte der Welt beweisen, daß sie trotz des Scheiterns ihres Sicherheitsrates ihre eigene, höhere Verantwortlichkeit für den Frieden der Völker nicht preisgegeben bereit ist.

So kam es, daß das ganze Bündel der Nachkriegskonflikte gegen den Einspruch der russischen Delegation diesmal auf die Tagesordnung der Plenarversammlung der 55 Nationen gesetzt werden mußte. Die kollektive Abwehr der Guerilla-Lämpfe gegen Griechenland aus den Nachbar-Balkanstaaten, die Rivalität zwischen Rußland und Amerika in Korea, die strittige Wahl eines Gouverneur für Triest, die neuen Kolonialkriege, die Unabhängigkeit Palästinas, die Kontrolle der Atom-Energie, die Anklagen der Indier gegen die Ozeanische Union, die Aktion gegen Franko-Spanien, die Nachprüfung der Friedensbedingungen für Italien und der ganze übrige vom Sicherheitsrat unerledigt gelassene Komplex von strittigen Problemen sollten von der Generalversammlung und ihren vorberatenden Ausschüssen zur Entscheidung gebracht werden. In der Generalversammlung, die mit zwei Drittel Mehrheit entscheidet, gibt es kein Veto. Der Sicherheitsrat kann die an den Mehrheitsbeschlüssen beteiligten Nationen auch nicht hindern, ihre Entscheidungen kollektiv zu realisieren. Auch nach der Charta von San Francisco kann jede Nation oder jede Gruppe von Nationen im Falle von bewaffneten Angriffen individuell oder kollektiv zur Selbstverteidigung greifen, bis der Sicherheitsrat zu einer Entscheidung gekommen sein wird. Diese Situation trifft auf eine Reihe der aktuellen Fälle zu.

Die Generalversammlung wird darüber hinaus über einen Vorschlag von Staatssekretär Marshall zu entscheiden haben, wonach neben dem Sicherheitsrat ein ständiger Ausschuss aller 55 Nationen eingesetzt werden soll, der künftig alle Fragen von Sicherheit und Frieden vortoll beraten und entscheiden wird. Ob der Vorschlag angenommen oder eine andere Form gefunden wird, den Veto-Mißbrauch zu beseitigen, ist noch eine offene Frage. In jedem Fall zeigt die Generalversammlung den entschlossenen Willen, den Vereinten Nationen eine Form zu verleihen, die sie befähigt, der Menschheit Frieden und Sicherheit zu gewährleisten. Wer der Welt eine kollektive Sicherheit als Basis für den Völkerverfrieden geben will, muß bereit sein, die Vereinten Nationen von der ihnen bisher anhaftenden organisatorischen Schwäche zu befreien.

"Verfassungsrundel" -K.u., Berlin

Eine Verfassung, also eine Grundurkunde, vorwoge deren sich regieren läßt, scheint heute weiten Schichten des Volkes ein Luxusgegenstand, eine Angelegenheit von Staatsrechtlern und hoffnungslosen Theoretikern. Es scheint jedoch nur so. Berlin hat den Beweis dafür geliefert. Daß die Berliner permanente Verfassungsdebatte alles andere als Parlamentariergeschwätz ist, das eben zu begreifen, dazu gehört die volle Einsicht in die verwickelten Berliner Verhältnisse. Es gehört die Einsicht dazu, daß der Zentner Kohle mehr oder weniger, den der Berliner bekommt, nicht einfach von der Entscheidung eines der vier Alliierten oder von der vorhandenen Rohstofflage abhängig ist, sondern in hohem Maße davon, ob die Stadt nach ihrer Verfassung so handeln kann, wie ihr Parlament und Magistrat es beschließen oder nicht.

Wir erleben es ein Jahr, nachdem die Sozialdemokratie in Berlin von der Hälfte der Bevölkerung gewählt worden ist, daß ihr die Hände noch immer wegen der vielen Schranken gebunden sind, die von Besetzungsseite aus der "vorläufigen Verfassung" der Stadt resultieren. Sie war nicht in der Lage, die wichtigsten Sachbearbeiter in den einzelnen Dezernaten nach ihren politischen und sachlichen Auffassungen zu besetzen, weil eine der Besatzungsmächte ihr dies unter Heranziehung eines Paragraphen der bisherigen Verfassung verweigerte. Sie verlor beinahe ein halbes Jahr Zeit, weil ihr über denselben Grund die Ablösung des Oberbürgermeisters inhibiert wurde. Sie mußte den Leiter eines der wichtigsten Ressorts abgeben, weil ihm in gleicher Weise Inkorrektheiten von alliierter Seite vorgeworfen worden waren. Die Unzahl der kleineren und täglichen Verhinderungen, die aus gummihaft zu dehnenen bisherigen Verfassungsbestimmungen hervorgehen, bestimmen den Kleinkrieg des Alltags in Berlin.

Der Drang nach einer wirklichen Berliner Verfassung ist also nichts weiter als der Wunsch, ein klares und nur eindeutig anzuwendendes Grundgesetz für die Stadt zu schaffen, das aus den Erfahrungen mit einer von vier Mächten kontrollierten Stadt eine gründliche Konsequenz ziehen will. Eine neue Verfassung wird selbstverständlich nicht das System der alliierten Kontrolle beseitigen oder verändern können - und schon gar nicht die Schwierigkeiten der Alliierten untereinander, aber es soll den unter den obwaltenden Umständen höchstmöglichen Status für eine deutsche Selbstverwaltung sicherstellen, ohne die das politische Leben der deutschen Bevölkerung eine Farce bliebe.

Darum geht es bei den Debatten und Vorschlägen für die neue Berliner Verfassung. Die SPD, die ODU und die SED haben je einen eigenen Entwurf eingebracht, und der Verfassungsausschuß des Stadtparlaments ist seit Wochen damit beschäftigt, diese Vorschläge sorgfältig zu beraten. Eine deutsche Verfassung gibt es noch nicht, und eine Berliner Verfassung will natürlich einer künftigen deutschen Verfassung nicht vorgreifen. Doch die alliierte Kontrolle, wie sie hier täglich hemmend und einschränkend in der Stadt sichtbar wird, betrifft in weiterem Rahmen das ganze Gebiet Deutschland. Insofern hat Berlin nolens volens wieder einmal die Aufgabe, ein Modell für ganz Deutschland vorzubilden. Es versteht sich, daß gerade die Sozialdemokratie aus ihren Erfahrungen in der Berliner Arbeit in der Verfassung jenes Höchstmaß von menschlichen und demokratischen Freiheiten einzubauen und zu sichern bestrebt ist, die gegenwärtig so bedrückt erscheinen. Daß wenigstens auf dem kleineren Berliner Raum gegen die Schranken der Sektorenwirtschaft der Einheitsstatus erreicht werden soll, ist ein bedeutendes Erfordernis solcher Verfassung. Und daß schließlich der politischen Willen der Bevölkerung, wie er sich in Wahlvoten ausspricht, in der demokratischen Praxis Genüge geschehe, ist eine nicht minder notwendige Forderung.

Der Berliner "Verfassungsumsturz" - der sowjetische Stadtkommandant von Berlin hat diese Wendung kürzlich gebraucht - ist also nicht mehr und nicht weniger als die Sicherung des demokratischen Lebens für Berlin überhaupt. Es ist billigste Demagogie, wenn der Berliner Selbstverwaltung vorgeworfen wird, sie solle sich lieber um die Beschaffung von Heizmaterial und Nahrungsmitteln bemühen, als eine Attacke um die künftige Verfassung zu führen. Die ganze Welt weiß inzwischen, daß Dutzende von Beschlüssen und Maßnahmen und Vorschlägen dieser Art an

der Weigerung vor allem der sowjetischen Behörden vorläufig bescheitert sind, die als Besatzungsmacht der Ostzone rings um Berlin die eigentliche Kontrolle über die Stadt haben. Lebensmittel und Heizmaterial im Stadtparlament vom sozialdemokratisch geführten Berliner Magistrat zu fordern, ist grotesk, wenn dieser Magistrat gegenüber der Besatzungsbehörde, die darüber verfügt, ohnmächtig ist.

Die nunmehr angestrebte Berliner Verfassung wünscht die Grundlagen zu schaffen, die die Selbstverwaltung der Stadt organisch mit allen Teilen Deutschlands verbindet. Sie wünscht eine Legitimation demokratischer Grundgesetze, die keine Abhängigkeit von irgend einer Einflusssphäre zuläßt. Wenn auch dadurch die wirtschaftliche und soziale Lage der Stadt sich nicht wird grundlegend ändern lassen, so werden doch durch ein solches Grundgesetz der Demokratie in Berlin jene Möglichkeiten geöffnet werden müssen, die sie gegenüber den Besatzungsmächten mindestens in der Ausübung ihrer politischen Aufgaben ungehindert läßt. Der Status der demokratischen Farce muß enden, der in Berlin beinahe zur Regel geworden ist.

Das Ergebnis von Bremen

Eigenbericht, hl Bremen

Bremen hat am 12. Oktober die vom Verfassungsausschuß der früheren Bürgerschaft in monatelangen Sitzungen ausgearbeitete Landesverfassung angenommen. Das entsprach den allgemeinen Erwartungen. Mehr aber als 25 Prozent der Wähler haben gegen die Verfassung gestimmt. Darin kommt vor allem die Reaktion der Kreise zum Ausdruck, die grundsätzlich mit allem Neuen unzufrieden sind, weil sie die Nutznießer des 'Alten' waren. Die ausgesprochenen Arbeiterdistrikte sind davon am wenigsten berührt worden. Hier wird nur der Ablehnungsbefehl an die ferngesteuerte KP sichtbar.

Der Volksentscheid über die Erweiterung des Artikels 47 der Verfassung, der den Betriebsräten neben dem sozialen auch das personelle und wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht schaffen sollte, ist mit rund 9 500 Stimmen-Mehrheit zugunsten der Arbeitnehmer entschieden worden. 109 841 Ja-Stimmen standen hier 106 354 Nein-Sagern gegenüber. Wenn man berücksichtigt, daß die KP sich für die Annahme des Artikels 47 ausgesprochen hat, entsprechen die Nein-Stimmen fast genau der für die bürgerlichen Parteien abgegebenen Gesamtstimmenzahl in Höhe von 106 324 Stimmen. Es ist also den Gewerkschaften nur im geringen Maße gelungen, in die bürgerliche Nein-Front einzurechnen.

SPD und KPD haben mit 56 von 100 Sitzen eine knappe sozialistische Mehrheit. Die KPD hat ihre Mandatszahl von drei auf zehn erhöht. Das Verhältniswahlsystem hat sich zu ihren Gunsten ausgewirkt. Die CDU hat ihr Ziel, die sozialistische Mehrheit in Bremen zu beseitigen, nicht erreicht, obwohl sie ihre Mandatszahl erheblich vergrößern konnte. Daß diese Partei einen sehr unsachlichen Wahlkampf geführt hat, ist ihr auch von bürgerlicher Seite mehrfach bescheinigt worden. Überraschend hoch ist mit 15 Sitzen der Stimmenanteil der BDV, Bremer Demokratische Volkspartei, die im eigentlichen das Bremer Besitzbürgertum verkörpert. Die konservativen Tendenzen dieser Gruppe sind so

nachhaltig und konstant, daß ihr auch üble persönliche Verunglimpfungen von SPD-Senatoren keinen Abbruch getan haben.

Der FDP ist es in Bremen-Stadt nicht gelungen, in der Bürgerschaft auch nur einen Sitz zu bekommen. Die zwei Mandate dieser Partei sind in Bremerhaven erzielt worden. Der Bremer Spitzenkandidat der FDP ist öffentlicher Ankläger im Spruchkammerverfahren. Es wird behauptet, daß dieser Umstand zum Stimmenverlust der Partei in Bremen sehr beigetragen hat, woraus sich wiederum bezeichnende Rückschlüsse auf die Mentalität deutscher Kleinbürger ermöglichen. Die Splitterparteien haben die vom Wahlgesetz vorgeschriebenen fünf Prozent der abgegebenen Stimmen nicht erreichen können. Sie sind deshalb in Bremen ohne Mandat geblieben.

Wie die zukünftige Zusammensetzung des Senats sein wird, ist noch offen. Dem Wahlergebnis nach könnte er unverändert bestehen bleiben. Die Gewerkschaften haben bereits erklärt, daß sie eine Regierungsbildung erwarten, bei der nur diejenigen Parteien die Senatoren stellen sollen, die sich klar für die Interessen der Schaffenden eingesetzt haben. Das würde sowohl eine Beteiligung der ODU als auch der EDV an der Regierungsbildung infrage stellen. Auf alle Fälle wird die SPD an ihrem bisherigen entscheidenden Übergewicht bei der Verteilung der Senatsitze festhalten, weil sie wiederum mit 46 Mandaten als stärkste Partei aus der Wahl am 12. Oktober hervorgegangen ist.

Aufforderung zum Tanz

"Industrial Charter" und Wahlaufmarsch
Von P.T. Bohner, London

"Mit allen gegen eine Stimme" stellte die Vorsitzende des diesjährigen konservativen Parteitages Mrs. Hornyold-Strickland die Annahme der Entschließung fest, durch die die "Industrial Charter", der "Industrie-Freibrief", Parteiprogramm wurde. Zurufe belehrten sie, daß zwei Gegner ihre Hand dagegen erhoben hatten: außer Sir Waldron Smithers, der das "Schicksal der konservativen Partei und damit Englands von der Ablehnung dieses Milch- und Wassersozialismus" abhändig machte, ein zwanzigjähriger Delegierter aus Lancaster.

Die Industrial Charter ist das Werk der beiden klugen Parteiführer Butler und Macmillan. Butler beruft sich auf einen Ausspruch Lord Randolph Churchills von 1883: "Wenn ihr die arbeitenden Klassen gewinnen wollt, müßt ihr ihnen einen wirklichen Platz in euren Kreisvertretungen und der Parteiführung geben". Und Butler setzt hinzu: "Und in der Industrie". Die "Industrial Charter" soll "Konservatismus im Licht heutiger Wirtschaftswissenschaft wiederherstellen". Sie lehnt also Nationalisierung nicht ab und wünscht dort, wo die freie Unternehmung bestehen bleibt, Beteiligung des Arbeiters. Der Gedanke der Kleinaktie des Arbeiters liegt nahe.

Aber sind die Arbeiter wirklich gemeint? In den Blättern wird kaum ein Hehl daraus gemacht, daß vor allem das liberale Element im Lande gewonnen werden soll. Die liberale Partei wird, soweit es sich um Abgeordnetenmandate handelt, als tot angesehen. Der Abgeordnete Thorneycroft wünschte ihr Erbe für die konservative Partei durch ein Parteibündnis und entsprechende Mandatsverteilung zu sichern. Butler

und Macmillan sind überzeugt, daß die offiziellen liberalen Parteikreise, wie es kürzlich die "Tribune" ausdrückte, "tot sind, aber sich noch nicht legen wollen". Sie glauben nicht an die Möglichkeit eines Bündnisses. Aber sie verkennen nicht, daß heute bei Wahlen die gemäßigte Linke, das heißt die Freunde eines gemäßigten Fortschritts, den Ausschlag bei den Wahlen geben könnten. Darum das Bekenntnis zum Neuen!

So ist die Industrial Charter ein Teil des großen Wahlaufmarsches. Aber wann sind diese Neuwahlen? Sir Henry Williams hat auf dem Parteitag erklärt: "Von der Nation aus, je früher, desto besser. Für die Partei dürfte ein bißchen Aufschub das Erwünschtere sein". Aber der Parteitag ist schon heftig entbrannt. Wer die letzten Reden Churchills und Attlees hörte, mußte über die Schärfe des persönlichen Tones erstaunen. Aber sie bedeutet nichts gegen die Begleitmusik der Kleinen im Lande. Den Vogel hat bis jetzt der Pfarrer von St. Michaelin Cricklewood, London NW, abgeschossen mit dem Brief, in dem er dem Ortsbürgermeister für seine Gemeinde und sich die Teilnahme am diesjährigen Wintersperfeldzug ablehnt! "...Sie werden doch nicht die Unverschämtheit haben, von unseren Mitgliedern Hilfe zu erwarten...Die faschistischen Mörder, die sich selbst eine "Labour-Regierung" nennen - Gott schütze die Firma!...Diesmal, teurer alter Kamerad und Mitbürger, halten wir uns beiseite und sehen zu, wie die humorvoll 'werktätige Klasse' Genannten die Rechnung bezahlen...Ich freue mich, erklären zu können, daß ich keine einzige Regierungsschatzkanzlerbesitzung besitze...Ihr unpatriotischer - folge Titel und Name - ". Aber glaubt ein verständiger Konservativer, daß mit solcher Aufpeitschung der niederen Klassenkampftriebe - übrigens ein hübscher Beitrag zu der vielgerühmten 'unpersönlichen' britischen Fairness im parteipolitischen Kampf - auch nur eine der wichtigen liberalen Stimmen gewonnen wird? Und mußte ausgerechnet ein Pfarrer den Wortführer machen?

Ernsthafter ist der Feldzug, den jetzt der "Daily Express" durch das ganze Land gegen die Regierung eingeleitet hat mit Versammlungen, in denen je ein Konservativer und ein Arbeiterparteilicher, in der Regel Parlamentarier, zu Wort kommen, worauf abgestimmt wird, ob eine Änderung der Regierung erfolgen soll. In Manchester kamen zu einer solchen Versammlung in einen Saal mit 939 Sitzplätzen 2250 Leute. Die Abstimmung ergab 747 Stimmen für eine Neuwahl gegen 342. Der sozialistische Sprecher, ein Abgeordneter und ehemaliger Oberleutnant, wurde zweimal lärmend unterbrochen.

Der "Daily Express" mit seinen Millionen Lesern ist gewiß ein gefährlicher Gegner. Aber noch kann die Regierung sich darauf berufen, daß sie keine der zwanzig Nachwahlen bis jetzt verloren hat und bestimmt würde sie auch eine in Manchester gewinnen. "Das Volk Israel" schrieb die "Tribune", "zog vierzig Jahre durch die Wüste, die konservative Partei ist erst zwei Jahre darin".

Frankreich und die neue Komintern

Von unserem Pariser Korrespondenten Alfred Brisch

Obwohl sich die französische Öffentlichkeit über die zumindest geistige Abhängigkeit der Kommunisten von Moskau durchaus im klaren war, hat die Begründung der kommunistischen Internationale allgemein überrascht, wohl weniger durch die Tatsache an sich als durch die Form. Bisher erklärte sich die kommunistische Partei Frankreichs immer als Regierungspartei, jederzeit bereit, mit den anderen Parteien zusammenzuarbeiten. Besonderer Wert wurde auf eine gemeinsame Kampffront mit den Sozialisten gelegt. Das Warschauer Manifest zieht einen deutlichen Trennungsestrich zwischen dem Kommunismus und allen anderen politischen Richtungen, die Verständigungspolitik weicht einem offenen, politisch-ideologischen Ringen um die Macht.

Das Generalsekretariat der sozialistischen Partei Frankreichs hat im Sinne der überwiegenden Mehrheit der Franzosen gesprochen, als es in einer öffentlichen Erklärung das Manifest von Warschau als eine Kampfansage an die westlichen Demokratien bezeichnete. Es hat ferner festgestellt, daß Moskau und die kommunistischen Parteien die bedauerliche Aufteilung der Welt in zwei feindliche Blöcke endgültig besiegeln. Die kommunistischen Parteien würden damit zu folgernen Werkzeugen in seinem Kampfe gegen die Vereinigten Staaten.

Innenpolitisch erwartet man nun, vielleicht mit Unrecht, den Verzicht der Kommunisten auf ihre kleinbürgerlich-demokratische Politik und die Rückkehr zu revolutionäreren Methoden. Es besteht kein Zweifel, daß die Partei durch ihre betonte Abhängigkeit von Moskau in den bürgerlich-bäuerlichen Kreisen an Einfluß verlieren wird. Es ist ferner sicher, daß eine Rückkehr der Kommunisten in die Regierung nunmehr völlig ausgeschlossen ist, ob sei denn, ob gelänge ihnen, sich im Parlament die absolute Mehrheit zu sichern. Es ergibt sich daraus für sie eine unbedingt oppositionelle Bewegungsfreiheit, von der sie zweifellos in demagogischster Weise Gebrauch machen werden.

Die Kommunisten scheinen aber andererseits entschlossen, auch weiterhin den marxistischen Internationalismus zu verleugnen und das 'Vaterland' für die Internationale der Proletariat zu stellen. Es war sehr bezeichnend, daß der Chefredakteur der "Humanité", Georges Cogniot, an dem Tage der Veröffentlichung des Warschauer Manifestes in seinem Leitartikel die kommunistische Partei die "einzig wirklich nationale Partei Frankreichs" nannte.

Die Parteien der Mitte und der Rechten sehen in den Kommunisten jetzt noch die Vertreter einer neuen 5. Kolonne. Ihre Aufgabe soll es sein, in Frankreich und Italien die wirtschaftliche Gesundung zu verhindern, weil Not und Elend die besten Voraussetzungen für eine spätere, revolutionäre Machtergreifung sind. Man weiß, weshalb gerade die französische und italienische Partei den Kommunisten Osteuropas zugesellt wurden: sie sind die stärksten Organisationen im kapitalistischen Westen und befinden sich besonders auf gefährdeten Außenposten, da es die Absicht der Amerikaner ist, für sein Volk, Frankreich und Italien durch ihre wirtschaftliche Hilfe vor die Ohren und gleichzeitig auch vor dem Kommunismus zu retten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Warschauer Erklärung in der französischen Öffentlichkeit sowohl mit Erleichterung als auch mit Befremden aufgenommen wurde. Mit Erleichterung, weil endlich eine klare Lage geschaffen wurde und die Kommunisten offen Bindungen zugaben, die in der Welt immer bestanden, aber bisher mehr oder weniger geschickt verschleiert waren.

Man bedauert aber gleichzeitig die gefährliche Blockbildung zwischen Ost und West. Die große Masse der Franzosen hat die Hoffnung auf eine Verständigung noch nicht aufgegeben. Trotz der Kampfansage gegen die westliche Demokratie will sie weiter an einer Überbrückung der Gegensätze arbeiten. Das ist der Entschluss der französischen Sozialisten, das ist auch der Wille aller klar denkenden Politiker, die zweifellos die Warnung der unabhängigen Zeitung "Combat" verstehen: "An dem Tage, an dem die Trennung der europäischen Völker in zwei völlig feindliche Gruppen vollendet sein wird, ist die Zeit für den großen Zusammenbruch unseres Planeten gekommen".

Osteuropäische Sozialisten-Zusammenkunft

Führende Sozialisten Polens, Ungarns und wahrscheinlich auch Österreichs werden nach einer Meldung des Londoner "Observer" in diesen Tagen entweder in Warschau oder Budapest zu einer Tagung zusammentreten, die von den ungarischen Sozialisten Riez und Ronay gelegentlich einer Rundreise, die sie nach Warschau, Prag und Wien führte, vorgeschlagen wurde. Auf der Sitzung soll vor allem beraten werden, wie sich die noch unabhängigen sozialistischen Parteien Osteuropas gegenüber der soeben angekündigten kommunistischen Großoffensive gegen die sozialdemokratischen Parteien verhalten sollen. Im Mai vorigen Jahres stellten bekanntlich die sozialistischen Parteien von sechs osteuropäischen Ländern (Polen, Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn, Rumänien und Bulgarien) auf einer Tagung in Budapest den internationalen Kontakt wieder her. Von dieser "Budapester sozialistischen Internationale" sind jetzt nur noch Polen, Österreich und Ungarn übriggeblieben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß auch die ungarischen Sozialisten kein einheitliches Ganzes mehr darstellen, da zwar die Mehrheit der Mitglieder für die Beibehaltung der Unabhängigkeit ist, der Parteivorsitzende Szakasits aber für eine Verschmelzung mit den Kommunisten eintritt. Die Sozialdemokraten Osteuropas stehen jetzt vor der Wahl, sich entweder mit den Kommunisten zu vereinigen, was politischen Selbstmord gleichkäme, oder aber auf ihrer Selbständigkeit zu beharren und dann einem ähnlichen Schicksal ausgeliefert zu werden, wie es Petkow und Kovacz erliden mußten. Der Ernst der Situation gibt der bevorstehenden Zusammenkunft in Warschau oder Budapest besonderes Gewicht.

(B65/1/1410/hs)